

Haushaltsrede 2015

Fraktion DIE LINKE & PIRATEN

Fraktionsvorsitzender Utz Kowalewski

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Kämmerer,
sehr verehrte Damen und Herren der demokratischen Fraktionen dieses Hauses,

ähnlich wie im Regionalverband Ruhr haben wir also nun auch im Dortmunder Rat eine XXL-Haushaltskoalition aus SPD, CDU und Grünen. Für uns heißt das: Ab sofort ist die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN die stärkste Oppositionskraft im Dortmund Rat und das ist neben der Verabschiedung des Haushaltes auch eine wichtige Botschaft des heutigen Tages.

Im britischen Unterhaus gibt es für diese Position sogar einen formalen Titel: *Leader of Her Majesty's Most Loyal Opposition*. Derzeit ist dies Jeremy Corbyn – von der deutschen Sozialdemokratie nach seiner Wahl heftig angefeindet, weil er linke Politikinhalt vertritt, die die deutsche Sozialdemokratie längst vergessen hat. Wobei wir in Dortmund natürlich keinen König haben und der Sonnenkönig bekanntlich 2009 abgedankt hat. Allerdings streiten sich seitdem die Kronprinzen beharrlich um diesen Titel und verzetteln sich im Kleinklein der Machtkämpfe – gerne auch mal auf Kosten der eigentlichen Sache, wie man es beim Thema der Direktvergabe der ÖPNV-Leistungen leider beobachten muss.

Stärkste Oppositionskraft

Dass wir Opposition wirklich gut können und hier für die Menschen in der Stadt auch eine Menge erreichen, haben wir gerade erst wieder bei der Verlängerung der Betriebszeiten am Dortmunder Flughafen unter Beweis gestellt. Hier haben wir die Kläger gegen die geplante nächtliche Ruhestörung erfolgreich unterstützt. Der Rat der Stadt als politisches Kontrollorgan billigt hier Jahr für Jahr einen Verlust von knapp 20 Mio. Euro. Durch längere Betriebszeiten hätte sich dieses Defizit noch weiter erhöht, denn die Flugrandbereiche werden bei funktionierenden Flughäfen von den Erträgen in den Hauptverkehrszeiten finanziert. Diese Hauptverkehrszeiten sind in Dortmund aber auch schon im Defizit. In diesem Jahr ist auch wieder ein Defizit von 19,6 Millionen Euro geplant, welches die finanzielle Entwicklung der Dortmunder Stadtwerke schwer beeinträchtigt. Auch dadurch – neben nicht mehr so erfolgreichen Spekulationen auf Dividenden der RWE-Aktien - sind für DSW21 auch Ausschüttungen in den städtischen Haushalt in früheren Größenordnungen kaum noch zu stemmen und die fehlen uns natürlich nun.

Geld wird mit vollen Händen ausgegeben

Anstatt die Leuchttürme der Stadt – Flughafen oder U-Turm einfach wieder auf Normalmaß zu bringen, will die herrschende Politik lieber in anderen Bereichen kürzen – und gibt zusätzlich beim Kirchentag oder beim DFB-Museum das Geld mit vollen Händen aus. Welche Kürzungsbereiche das sind, wissen die Memorandumsparteien des letzten Jahres – SPD und CDU – allerdings selbst nicht und erwarten vom Kämmerer, dass er ihre Kürzungsideen mit dem Leben versieht, das ihnen selbst politisch fehlt.

Diese Ideen hat aber wohl auch der Kämmerer nicht. Denn die Sparliste des ersten Jahres des Memorandums enthält vor allem Sozialkürzungen wie beim Familienprojekt, der Kinder- und Jugendförderung, den SchulbegleiterInnen, der Musikschule oder bei der stationären Pflege. Oder es weist auf fiktive Einsparungen hin, wie die Spekulation auf einen niedrigen Ölpreis im kommenden Jahr.

Deshalb hat die CDU ultimativ gefordert, dass der Kämmerer eine Vorlage zur Umsetzung des Memorandums erstellt und noch in dieser Ratssitzung zur Abstimmung stellt.

Waffenbesitzabgabe

Mit einer Zustimmung zu unserem Antrag eine Waffenbesitzabgabe einzuführen und somit rund 7 bis 8 Mio. Euro strukturell zusätzlich einzunehmen, hätten sie einen großen Teil ihrer Bemühungen bereits erfolgreich erledigt. Dem Kämmerer haben wir einen Hinweis auf das Gutachten des Städtetages Baden-Württemberg bereits zukommen lassen, das die Einführung einer solchen Abgabe nach dem Waffengesetz des Bundes und dem Kommunalabgabengesetz für zulässig erachtet hat.

Aber was steht denn in der Memorandumsvorlage tatsächlich drin? Ich zitiere: „Alle Fachbereiche werden aufgefordert, ihre Personal- und Organisationsentwicklungskonzepte so auszurichten, dass die Altersfluktuation in der Verwaltung der Jahre 2018/2019 kostendämpfend abgeschöpft werden kann.“

Das kommt uns doch nur allzu bekannt vor. Genau das wurde schon gemacht nach dem 2%-Rasenmäherbeschluss, den SPD und CDU seinerzeit vor dem Hintergrund des Langemeyer'schen Haushaltsloches verabschiedet hatten. Wozu hatte dieser Beschluss geführt? Dazu, dass die Altersfluktuation maximal abgeschöpft wurde.

Im Memorandumsbeschluss heißt es wörtlich – ich zitiere“: Ziel ist es, im Zusammenhang mit der Zunahme der Altersfluktuation strukturelle Verbesserungseffekte von annähernd 15 Mio. € pro Jahr ab dem Jahr 2019 zu erwirtschaften“.

Mehr Personalkürzung geht gar nicht

Sie machen also so weiter wie bisher: Maximale Ausschöpfung der Altersfluktuation. Mehr Personalkürzung geht gar nicht, wenn man denn keine betriebsbedingten Kündigungen will. Und damit entpuppt sich auch das Memorandum als reines Personalkürzungskonzept nur unter neuem Etikett, um die Bürgerinnen und Bürger zu verwirren und beim städtischen

Personal die Hoffnung auf Entlastung zu wecken. Diese wird, solange SPD und CDU in Dortmund regieren, leider niemals kommen.

Allerdings wäre es dringend notwendig, den Kurs in der Personalpolitik zu ändern. Ich zitiere hier den Personalrat aus der RN vom 5.12.: „Fast überall kann nur noch nach Prioritätenlisten gearbeitet werden. Den Beschäftigten werde gesagt: Mach so viel Du kannst, der Rest bleibt halt liegen.“ Der Personalrat empfiehlt inzwischen den MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, sich von ihren Vorgesetzten von Schadenersatzansprüchen schriftlich freistellen zu lassen. Und weiter heißt es: „Die Entwicklung ist eine Folge des Sparwahns und des Tunnelblicks, der sich ausschließlich auf die Finanzen richtet“. Diese Einschätzung des Personalrates teilen wir ohne weitere Vorbehalte, denn diese Einschätzung trifft unsere Beobachtung aus den politischen Gremien der Stadt voll und ganz.

Damit komme ich zur sozialen Lage in der Stadt – Sie haben einmal mehr unsere Anträge zu Hartz IV und dem Dortmund-Pass abgelehnt. Was ist eigentlich so schlimm daran, für Menschen in Not die Hürden so niedrig wie möglich zu setzen, um ihnen zu ermöglichen, die ihnen zustehenden Ermäßigungen wahrnehmen zu können?

100.000 Dortmunder leben am Existenzminimum

Für den Vorsitzenden des Sozialausschusses ist es sogar ein - ich zitiere wörtlich - „Scheiß-Antrag“, wenn man fordert, dass Hartz IV Bezieher den Zugang zum Dortmund Pass direkt mit der Antragstellung erhalten und nicht noch weitere bürokratische Hürden überwinden müssen. Wenn das immer noch Allgemeingut in der SPD ist, dann sollten sie sich vielleicht in HPD – Hartz IV-Partei-Deutschlands – umbenennen. Das wäre dann ehrlicher. Denn unter der Führung ihrer Fraktion hat sich die Zahl der Hartz IV-Bezieher auch in diesem Jahr wieder erhöht auf inzwischen rund 94.000 Menschen. Zählt man noch die Zahl der Menschen in Grundsicherung hinzu, so leben inzwischen rund 100.000 Menschen in Dortmund am absoluten Existenzminimum. Tendenz weiter steigend. Lösungsansätze ? Fehlanzeige!

Dazu passt auch ins Bild, dass die Mittel aus dem kommunalen Arbeitsmarkt erneut nicht verausgabt wurden und als Deckung für andere Bereiche erhalten müssen. Anstatt also Langzeitarbeitslose zu anständigen sozialversicherungspflichtigen Konditionen in der kommunalen Arbeitsmarktstrategie zu beschäftigen, wird darauf verwiesen, dass private Arbeitgeber die Gelder wegen der bürokratischen Hürden nicht abrufen. Merken Sie was? Da haben die privaten Arbeitgeber offensichtlich das gleiche Problem wie die Hartz IV-Bezieher beim DoPass. Auch hier muss es andere Lösungen geben.

Solange in dieser Stadt immer noch rund 1500 Menschen für 1,50 Euro pro Stunde zwangsweise per Amtsentscheid arbeiten müssen, so lange ist es unverständlich, wenn vorhandenes Geld für die gleiche Zielgruppe liegen bleibt. Aber wie sagte der Personalrat: „Man arbeitet eine Prioritätenliste ab und was man nicht schafft, bleibt halt liegen“. Und Menschen in Armut sind in dieser Stadt offensichtlich nicht prioritär. Im VRR sind sie das übrigens auch nicht, der mit einer Preiserhöhung für das Sozialticket gerade Negativschlagzeilen für die ganze Region produziert, statt endlich es über Druck auf die Landesregierung zu schaffen die Preise auf ein für Arme erträgliches Niveau zu senken.

Immerhin hat der Bund nun Geld bereitgestellt, um wenigstens 200 dieser 1-Euro-Jobber zu Mindestlohnbedingungen für 8,50 Euro zu beschäftigen. Und das Jobcenter wird das umsetzen, denn auch nach dessen Aussage haben sich 1-Euro-Jobs als untaugliches Arbeitsmarktmittel erwiesen, was wiederum bestätigt, was Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften und Linke seit vielen Jahren sagen. Was der Bund kann, sollte Dortmund schon lange können und das vom Rat bewilligte Geld auch für die Menschen ausgeben, für die es politisch bereitgestellt wurde.

Projekt Nordwärts ist nur "weiße Salbe"

Angesichts dieser Situation ist auch das Projekt Nordwärts nur weiße Salbe, die an der Gesamtsituation nichts ändern wird. Es enthält sicherlich einige nette Projekte, denen wir auch zustimmen werden. Aber vieles ist einfach nur umetikettiert. Auch durch Ausweitungen bei den Ordnungspartnerschaften oder Präsenzdiensten sind hier keine Verbesserungen zu erreichen. Wo Dortmund wirklich richtig gut ist, ist bei der Schaffung neuer Label, PR-Marken und Hochglanzbroschüren. Bei der Lösung sozialer Probleme und Spannungen leider nicht.

Aber ich will nicht nur schelten, sondern auch da loben, wo Lob wirklich angebracht ist: Und damit komme ich zum Thema der Aufnahme von Flüchtlingen in Dortmund. Es ist wirklich beeindruckend, wie die Stadt sich reinhängt, die Probleme, die sich aus einer mangelhaften Bearbeitung des Flüchtlingsthemas durch Bundesregierung und Landesregierung ergeben, im Griff zu behalten. Ich erinnere nur an das fehlende Personal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge um tatsächlich Asylanträge zügig bearbeiten zu können, so dass nicht jeder Mensch, der zu uns kommt eine langwierige Hängepartie in den durchleben muss, sondern schnell Klarheit über seine Zukunft bekommt. Für die Kommunen bedeutet das Organversagen des Bundes zusätzliche Kosten, und ich bin an dieser Stelle wirklich stolz darauf, in einer Stadt zu leben, in der die Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit die Menschen, die vor Krieg, Terror und Bomben zu uns geflüchtet sind, herzlich willkommen heißt. Mit diesem Teil des Haushaltes sind wir im Übrigen einverstanden und möchten uns für das große Engagement in der Verwaltung ausdrücklich bedanken.

Aufkommende Wohnungsnot

Zu diesem Engagement muss es natürlich auch gehören, die aufkommende Wohnungsnot in Dortmund anzugehen. Die Stadt tut dies mit der Stadtentwicklungsgesellschaft, die nun jedes Jahr zusätzlich 300 Wohnungen errichten soll. Leider mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass diese Gesellschaft nicht über ein eigenes Budget verfügt, sondern auf Gelder des Sondervermögens angewiesen ist. Entsprechend dessen, was wir gerade über Prioritätenbildung gehört haben, möchte ich dringlichst darum bitten, dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ganz oben auf die Liste gesetzt wird. Denn wenn eine Konkurrenzsituation zwischen Menschen mit niedrigem Einkommen und Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt nicht vermieden werden kann, dann treiben wir den Rechten Rattenfängern die Leute regelrecht zu. Das darf nicht passieren ! Vor diesem Hintergrund möchte ich auch anraten, unterjährig über den Haushaltsansatz zur Förderung der Modernisierung von Mietwohnungen noch einmal ernsthaft nachzudenken. Denn während die Förderung des Neubaus von den Ist-Werten 2014 zu den nun fortgeschriebenen Planwerten

um 1,5 Mio. Euro gestiegen ist, ist die Förderung der Modernisierung von Mietwohnungen um 4,5 Mio. Euro abgesenkt worden (s. 892 Planentwurf).

Letztlich – und damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen – wird Dortmund auch in diesem Jahr aufgrund seiner strukturellen Unterfinanzierung durch Land und Bund wieder ein beachtliches Defizit einfahren. Auch in diesem Jahr entspringt die mittelfristige Finanzplanung lediglich dem Bereich der Lyrik und wird der Realität wie schon in den vergangenen Jahren nicht standhalten. Und in diesem Jahr wird die unterjährige Bewirtschaftung ganz neue Dimensionen annehmen. Und ja – wenn diese Dimensionen zu groß werden, wovon wir eigentlich ausgehen, wird man wohl auch mal wieder über einen Nachtragshaushalt sprechen müssen.

Die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN lehnt den Haushalt 2016 ab.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.